

Rechte und Linke sehen Demonstrationenfreiheit in Gefahr

Debatte um «Marsch fürs Läbe» Über 50 Kantonsräte fordern vom Regierungsrat, die Städte Winterthur und Zürich zu ermahnen, das Demonstrationsrecht auch gegen Widerstand durchzusetzen.

David Herter

Für einmal sind sich Kantonsrat René Isler (SVP) und Kantonsrätin Gabi Petri (Grüne) einig. Beide sehen wichtige Werte der Schweizer Demokratie in Gefahr, weil sich die Abtreibungsgegner vom «Marsch fürs Läbe» auch in Winterthur nicht treffen können. Isler hat am Montag im Kantonsrat eine Interpellation mit eingereicht, die den Zürcher Regierungsrat auffordert, das Grundrecht auf Meinungsfreiheit auch in den Städten Winterthur und Zürich durchzusetzen.

Massive Drohungen gegen Veranstalter

Vergangene Woche lud das Kongresszentrum Gate 27 die Abtreibungsgegner wieder aus, nachdem gegen die Veranstalter massive Drohungen eingegangen waren. Das Ausmass an Hass gegen den «Marsch fürs Läbe» übersteige alles, was er sich vorgestellt habe, sagte Gate-27-Geschäftsführer Roger Tacheron dem «Landboten». Von der Forderung nach einem Abtreibungsverbot könne jeder halten, was er wolle, sagt der Winterthurer SVP-Kantonsrat Isler. Er ist Mitunterzeichner der Interpellation «Die Meinungsfreiheit im Kanton Zürich», die von Erich Vontobel (EDU) eingereicht und von 53 Kantonsrätinnen und -räten unterstützt wurde. Wenn «extreme Linke» mit Drohungen eine Demonstration verhindern könnten, sei dies aber eine ganz unschöne und gefährliche Entwicklung, sagt Isler. «Es muss möglich sein, in jeder Gemeinde im Kanton für seine Meinung eintreten zu können.»

Die meisten Unterzeichner der Interpellation stammen wie Isler aus der SVP: Susanna Lisibach (Winterthur) etwa, René Truninger

(Illnau-Effretikon), Tobias Weidman (Hettlingen), Martin Hübscher (Wiesendangen) oder Paul Mayer (Marthalen). Unterschriften haben aber auch einige CVP-Kantonsrätinnen und -räte, der ehemalige Grüne Urs Hans aus Turbenthal und die Grüne Gabi Petri.

«Parteicouleur spielt keine Rolle»

Wenn es um die Meinungsfreiheit gehe, spiele die Partei keine Rolle, sagt Petri. «Es ist unhaltbar, wenn jemand seine Rechte auf Meinungsfreiheit und sein Demonstrationsrecht nicht wahrnehmen kann.» Es sei ein Armutszeugnis, dass sich die Bewilligungsgeber in Winterthur und Zürich vom angedrohten Widerstand hätten einschüchtern lassen, sagt Petri. Es sei die Kernaufgabe des Staates, die Freiheitsrechte seiner Bürger zu schützen. Aufgabe der Polizei sei es, dem Widerstand gegen Demonstrationen mit den geeigneten Mitteln zu begegnen.

Solange sich die Organisatoren einer Demonstration an Gesetze, Regeln und Route hielten, müssten die Behörden deren Durchführung unbedingt ermöglichen, sagt auch Isler. Er findet es schwach, dass der Zürcher Stadtrat wegen der befürchteten Krawalle eingeknickt ist und den «Marsch fürs Läbe» verboten hat.

In Winterthur liege der Fall anders, hier seien für die Absage Drohungen von extremen Linken verantwortlich, die den Straftatbestand der öffentlichen Aufforderung zur Gewalttätigkeit zumindest ritzten, sagt Isler. «Mit meiner Unterschrift appelliere ich an den Regierungsrat, die Städte und die Gemeinden daran zu erinnern, dass sie Demonstrationen grundsätzlich bewilligen und schützen müssen.»

Der Staat müsse Demonstrationen wie den «Marsch fürs Läbe» ermöglichen und von der Polizei schützen lassen, fordern Politiker von SVP, CVP und Grünen. Archivfoto: Raisa Durandi